



Hauptstadt-Bulletin

Woche der Nachhaltigkeit im Deutschen Bundestag

In dieser Sitzungswoche hat sich der Deutsche Bundestag besonders mit dem Thema Nachhaltigkeit beschäftigt. Nachhaltigkeit beginnt zwar mit Klimaschutz und sauberer Umwelt, aber hört damit noch lange nicht auf. Wenn wir unser Land in die Zukunft führen wollen und kommenden Generationen ihre Handlungsfähigkeit erhalten wollen, dann dürfen wir darüber hinaus auch keine Schuldenberge hinterlassen. Und dann müssen wir in Bildung und Forschung investieren, damit unsere Kinder und Enkel innovative, technologische Lösungen für die Herausforderungen ihrer Zeit entwickeln können. Ebenso gehören eine sozial gerechte Gesellschaft, eine innovative Wirtschaft und eine moderne öffentliche Infrastruktur zum Thema Nachhaltigkeit. Neben den Klima- und Umweltaspekten von „Mobilität der Zukunft“ über „Starke Demokratie, handlungsfähiger Staat und nachhaltige Finanzen“ so wie Bildung, Innovation und Digitalisierung bis hin zu Arbeit im Wandel sowie Entwicklung und internationale Zusammenarbeit.



Sehr geehrte Damen und Herren,

die Lage in Moria zwingt zum Handeln - das ist jedem klar. Allerdings sind in den vergangenen Tagen viele unterschiedliche Lösungsansätze in den politischen Raum geworfen worden, die die Vorgänge aus dem Jahr 2015 nicht berücksichtigen. Die Mehrheit in der Unionfraktion und besonders wir Innenpolitiker hingegen unterstützen eindeutig die von Angela Merkel und Horst Seehofer gefundene Lösung, deren Maxime es ist, Humanität und Ordnung zu vereinen, also gleichzeitig die Menschenwürde jedes Einzelnen achten, aber dennoch auf allen Ebenen konsequent handeln. Das Jahr 2015 war eine besondere Situation und wir haben daraus gelernt - sie darf sich auf keinen Fall wiederholen! Seitdem haben wir übrigens in Deutschland und Europa den gesetzlichen Rahmen sowie die Strukturen und Instrumente zur wirksamen Steuerung, Ordnung und Begrenzung der Migration erheblich weiterentwickelt. In Moria ist es wichtig, schnelle Unterstützung vor Ort zu organisieren und Unterkünfte sowie Versorgungsmittel bereitzustellen. Das tun wir in Abstimmung mit deutschen Hilfsorganisationen und griechischen Behörden sehr intensiv. Außerdem haben wir zugesagt, 408 Familien mit 1552 Personen, die allesamt anerkannte Flüchtlinge sind und von allen fünf griechischen Inseln kommen, in Deutschland aufzunehmen. Ich fordere zusätzlich, dass ein gemeinsames europäisches Aufnahmезentrum auf Lesbos errichtet wird, wo vor Ort geprüft werden soll, ob ein Asylanspruch vorliegt oder auch nicht. Das könnte ein wichtiger Beitrag für die unbedingt notwendige Europäisierung der Migrationspolitik sein.

Ihr

Armin Schuster MdB
Im Deutschen Bundestag
Für den Wahlkreis
Lörrach-Müllheim

Bundestagsbüro
Tel.: 030 227 – 71005
Fax: 030 227 – 76606
E-Mail: armin.schuster@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Tel.: 07621 – 4258033
Fax: 07621 – 4258033
E-Mail: armin.schuster.wk@bundestag.de

Bund lässt Kommunen nicht im Stich

Der Deutsche Bundestag hat heute eine Änderung des Grundgesetzes zur umfangreichen finanziellen Entlastung der Kommunen und neuen Länder beschlossen. Mit den heutigen Beschlüssen hilft der Bund den Kommunen außerordentlich bei ihrem Weg aus der Corona-Krise. Bund und Länder kompensieren die Ausfälle bei der Gewerbesteuer im Umfang von rund 11 Milliarden Euro. Die Kommunalfinanzen werden strukturell gestärkt, weil der Bund sich dauerhaft mit einem deutlich höheren Anteil an den Kosten der Unterkunft im Hartz-IV-System beteiligt. Die Entlastung beträgt rund 3,4 Milliarden Euro pro Jahr.

Die Bundeshilfen entlassen die Länder nicht aus ihrer verfassungsmäßigen Verantwortung für eine aufgabenangemessene und auskömmliche Finanzausstattung ihrer Kommunen. Auch sind die Bundesmittel kein Beitrag zur Konsolidierung von Landeshaushalten. Die Unionsfraktion begrüßt die erweiterten Berichtspflichten für die Länder hinsichtlich der Verwendung der Mittel zum Ausgleich der Gewerbesteuermindereinnahmen, die im Zuge der Einigung mit FDP und Grünen vereinbart worden sind. Von den Ländern erwarten wir, dass sie auch der erweiterten Berichtspflicht zustimmen und ihre Kommunen nicht aus Angst vor Transparenz im Regen stehen lassen.

Zukunftsprogramm Krankenhäuser

Der Bundestag beschloss ein Krankenhauszukunftsgesetz, mit dem im stationären Bereich eine qualitativ hochwertige und moderne Gesundheitsversorgung sichergestellt werden soll. Ziel des Gesetzes ist es auch, den Digitalisierungsgrad der Krankenhäuser zu erhöhen und deren technische Ausstattung zu modernisieren. Konkret werden über einen Krankenhauszukunftsfonds notwendige Investitionen wie beispielsweise in die Modernisierung der stationären Notfallkapazitäten, eine bessere digitale Infrastruktur oder in die Telemedizin und Robotik gefördert. Das Krankenhauszukunftsgesetz sieht zudem Maßnahmen vor, um Erlösrückgänge oder Mehrkosten, die im Jahr 2020 aufgrund des Coronavirus SARS-CoV-2 entstanden sind, anteilig auszugleichen. Des Weiteren werden verschiedene befristete Regelungen im Bereich der Pflege, die mit Hinblick auf das Coronavirus getroffen wurden, bis zum 31. Dezember 2020 verlängert. Darüber hinaus wird der Leistungszeitraum des Kinderkrankengeldes im Jahr 2020 für jeweils weitere fünf Tage bzw. weitere zehn Tage für Alleinerziehende einmalig ausgedehnt.

Wahl Konrad Adenauers zum ersten Bundeskanzler

Am 15. September 1949 wählte der Deutsche Bundestag Konrad Adenauer zum ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Adenauer, der zuvor Präsident des Parlamentarischen Rates war, wurde dabei mit der knappsten möglichen Mehrheit von einer Stimme gewählt. Er führte die Bundesrepublik zusammen mit Wirtschaftsminister Ludwig Erhard in die Soziale Marktwirtschaft, lenkte sie in das westliche Werte- und Bündnissystem, nach Europa, in die NATO, schaffte die Aussöhnung mit Frankreich und bemühte sich um Wiedergutmachung mit Israel. Konrad Adenauer wurde – wie später Helmut Kohl und Angela Merkel - dreimal wiedergewählt und blieb bis 1963 Bundeskanzler.

70 Jahre Zentralrat der Juden in Deutschland

Am 19. Juli 1950 gründete sich in Frankfurt am Main der Zentralrat der Juden in Deutschland. Dr. Josef Schuster, der Präsident des Zentralrats, war im vergangenen November zu Gast in unserer Fraktion. In einer eindrücklichen Rede rief er uns dazu auf, im Kampf gegen zunehmenden Antisemitismus in Deutschland „die Schlagkraft zu erhöhen“. Wir sind zutiefst dankbar für die unermüdliche Arbeit des Zentralrats. Die sichere und freie Entfaltungsmöglichkeit für jüdisches Leben in Deutschland ist ein wichtiger Gradmesser für die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie.

CDU-Landtagskandidaten in Berlin

Der Landtagskandidat der CDU für den Wahlkreis Lörrach, Christof Nitz, und die Zweitkandidatin, Anja Herzog, besuchten Armin Schuster in seinem Berliner Büro. Eine gute Zusammenarbeit zwischen der Bundes- und Landespolitik ist von großer Bedeutung, gerade weil beide Seiten gerne als Antagonisten gesehen werden. Deshalb unterstützt Armin Schuster das Kandidatenteam wo er kann!

